

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3598

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9096

Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 921. Sitzung des Bundesrates am 11. April 2014

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 921. Sitzung des Bundesrates am 11. April 2014 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

1. TOP 6 „Selbstbestimmung der Mitgliedsstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen“/„Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsstaaten sicherstellen“/„Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft sichern – Handlungsfähigkeit der Länder stärken“
 - 1) Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern und Buchstaben der Ausschussempfehlungen
 - 2) Schlussabstimmung
 - 3) Hat Brandenburg die getrennte Abstimmung der Buchstaben nach Ziffer 3 beantragt? Wenn ja, warum? Wenn nein, welches Bundesland hat diese getrennte Abstimmung beantragt?
2. TOP 10 „Direktzahlungen-Durchführungsgesetz“ – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen
 - 1) Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern und Buchstaben der Ausschussempfehlungen
 - 2) Abstimmung der drei Länderanträge – bitte einzeln auflisten und begründen
 - 3) Schlussabstimmung
 - 4) Hat Brandenburg die getrennte Abstimmung über Ziffer 9 Buchstabe c beantragt? Wenn ja, warum? Wenn nein, welches Bundesland hat diese getrennte Abstimmung beantragt?

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 921. Sitzung des Bundesrates am 11. April 2014 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

1. TOP 6 „Selbstbestimmung der Mitgliedsstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen“/„Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedsstaaten sicherstellen“/„Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft sichern – Handlungsfähigkeit der Länder stärken“
 - 1) Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern und Buchstaben der Ausschussempfehlungen
 - 2) Schlussabstimmung
 - 3) Hat Brandenburg die getrennte Abstimmung der Buchstaben nach Ziffer 3 beantragt? Wenn ja, warum? Wenn nein, welches Bundesland hat diese getrennte Abstimmung beantragt?
2. TOP 10 „Direktzahlungen-Durchführungsgesetz“ – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen
 - 1) Auflistung des Abstimmungsverhaltens bei allen Ziffern und Buchstaben der Ausschussempfehlungen
 - 2) Abstimmung der drei Länderanträge – bitte einzeln auflisten und begründen
 - 3) Schlussabstimmung
 - 4) Hat Brandenburg die getrennte Abstimmung über Ziffer 9 Buchstabe c beantragt? Wenn ja, warum? Wenn nein, welches Bundesland hat diese getrennte Abstimmung beantragt?

zu Frage 1:

zu 1. TOP 6

Bei den Beratungen zu TOP 6 hat die Landesregierung allen Ziffern und Buchstaben der Ausschussempfehlungen sowie der Schlussabstimmung zugestimmt. Dabei hat die Landesregierung auch die Bitte an die Bundesregierung unterstützt, eine für die EU-Mitgliedstaaten rechtssichere Möglichkeit zu schaffen, den Anbau einer EU-weit zugelassenen Pflanze innerhalb ihres Hoheitsgebietes verbieten zu können. Die zu Ziffer 3 vorgenommene getrennte Abstimmung ist nicht von Brandenburg beantragt worden. Zuverlässige Kenntnisse über das antragstellende Land liegen nicht vor.

zu 2. TOP 10

Bei den Beratungen zu TOP 10 hat die Landesregierung den Ausschussempfehlungen in den Ziffern 1, 5, 7, 8 und 10 zugestimmt. Die Landesregierung unterstützt unter anderem die Bitte an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass Junglandwirte nicht nur als Alleinunternehmer, sondern auch in anderen Gesellschaftsformen die Junglandwirteprämie ohne Einschränkungen im Rahmen der Direktzahlungen erhalten können. Zu den übrigen Empfehlungen der Ausschüsse sowie zu den Plenaranträgen der Länder Mecklenburg-Vorpommern (Drs. 82/3/14) und Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt (Drs. 82/4/14) hat sich die Landesregierung aus fachlichen Erwägungen enthalten. Den Antrag Sachsen-Anhalts Drs. 82/2/14 hat die Landesregierung aus fachlichen Gründen abgelehnt. Eine Schlussabstimmung hat zu diesem Tagesordnungspunkt nicht stattgefunden. Die getrennte Abstimmung von Ziffer 9 Buchstabe c ist nicht von Brandenburg beantragt worden. Zuverlässige Kenntnisse über das antragstellende Land liegen nicht vor.